No. 552. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal: Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Dienstag, 24. November 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10131—10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1—6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Rykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 38, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Zionskirchstr.), Ryckert, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schönebg., Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Bornholmerstr. 1, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Boltrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Eine „heiße Werbung".

Erst im heutigen Morgenblatt haben wir den Ton gerügt, in dem der Oberbürgermeister Kirschner bei der Städteordnungsfeier im Rathause zum Kaiser sprechen zu sollen meinte. Die um Gnade bittende Rede endigte mit dem „Gelübde", daß die Bevölkerung Berlins alles tun werde, um sich des Vertrauens des Kaisers, um das Herr Kirschner demütig hat, würdig zu zeigen.

Wenn vor Hunderten von Jahren der Bürgermeister einer eroberten Stadt so zu dem einziehenden fürstlichen Besieger gesprochen hätte, von dem man nach der Sitte jener dunkelen Zeiten unter Umständen sich der schlimmsten Drangsalierungen zu versehen hatte, so wäre eine solche Bitte um „gnädige" Gesinnung und das Gelübde unterwürfigster Loyalität allenfalls verständlich gewesen. Heute versetzt diese Art untertänigen Gebetes das berechtigte Selbstgefühl jedes unabhängigen Bürgers. Originell gegenüber der Kirschnerschen Auffassung, daß die Stadt um die allergnädigste Gewährung des Vertrauens des Monarchen flehen müsse, ist die Auffassung der „Köln. Ztg." von dem Erscheinen des Kaisers im Rathause und seiner dabei gehaltenen Anrede. Die „Köln. Ztg." ist der Meinung, „daß diese (des Kaisers) Rathausrede „wie eine heiße Werbung des Kaisers um das Vertrauen seines Volkes anmutet."

Angesichts dieser „heißen Werbung" des Kaisers rät die „Köln. Ztg." dringend davon ab, den Reichstag mit einem Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu behelligen; dies wäre eine „Demütigung des Kaisers". Wir wollen über diese nationalliberale Mahnung zur parlamentarischen Abstinenz in diesem Augenblick nicht weiter mit dem Kölnischen Blatte rechten; unsere Leser wissen, wie wir zu der Ministerverantwortlichkeit stehen.

Jedenfalls liegt, wenn man die Auffassung des Herrn Kirschner und die der „Köln. Ztg." kombiniert, die Sache so, daß von zwei Seiten wechselseitig um Vertrauen geworben wird. Wenn es da nur nicht heißt:

Sie konnten zusammen nicht kommen,
Das Wasser war viel zu tief!

Es wird dabei viel darauf ankommen, wie sich fernerhin die reaktionäre, großstadtfeindliche Bureaukratie zu dem „Wasserkopf" Berlin stellen wird. Mehr noch allerdings wird es darauf ankommen, daß die Stadtverwaltung mit viel größerer Energie als bisher ihre nicht genügend berücksichtigten oder direkt bedrohten Interessen wahrnimmt. Herr Kirschner ist in dem Alter, daß ihm nach Ablauf seiner Wahlperiode jedermann einen ruhigen Lebensabend fern vom Roten Hause und dem Pariser Platz gern gönnen wird. Alsdann wird die Stadtvertretung Gelegenheit haben, an die Spitze der Verwaltung einen Mann zu berufen, der es versteht, der Krone und der Staatsbureaukratie gegenüber eine andere Methode zu befolgen, als sie Herr Kirschner für zeitgemäß hält.

Die Stadt Berlin braucht um nichts zu betteln, was irgendwie nach Gnade aussieht. Sie hat Recht und Gerechtigkeit zu beanspruchen, nicht Gnade zu erbitten.

Die Furcht vor der Invasion.

Eine sensationelle Rede des Lord Roberts.

Daß der politische Horizont in Europa noch stark umwölbt ist, beweist die gegenwärtig in England herrschende Stimmung. Dort haben die Befürchtungen vor einer deutschen Invasion einen derartigen Umfang angenommen, daß sogar der bekannte Lord Roberts, der als die größte militärische Autorität Großbritanniens gilt, ihr gestern in einer großen, von ihm im Oberhause gehaltenen Rede Ausdruck verliehen hat, und daß er Maßnahmen befürwortet hat, die auf die

Schaffung einer Landarmee

in der Stärke von einer Million Mann

zur Verteidigung des Landes hinzielen. Besonders bemerkenswert ist es hierbei, daß die Majorität des englischen Oberhauses, trotzdem die Regierung den Anschauungen des Lord Roberts entgegentrat und besonders seine auf die Bildung eines großen Heeres gerichteten Bestrebungen zurückwies, den Standpunkt des Lord Roberts billigte. Ueber die aufsehenerregende Sitzung des englischen Oberhauses wird uns aus London telegraphisch berichtet:

In der gestrigen Sitzung des englischen Oberhauses brachte Lord Roberts eine Resolution ein, in der es heißt:

Die Frage der Landesverteidigung erfordere die unverzügliche Aufmerksamkeit der Regierung zum Zwecke der Beschaffung eines Heeres, das so stark an Zahl und so wirksam durch seine Eigenschaften sei, daß die furchtbarste fremde Macht zögern würde, eine Landung an den Küsten Englands zu versuchen.

Lord Roberts führte zur Begründung seiner Resolution aus, der Punkt, auf den er die Aufmerksamkeit des Hauses zu lenken wünsche, sei, ob eine Invasion möglich sei oder nicht. Balfour habe am 11. Mai 1905 gesagt, daß eine ernstliche Invasion nicht möglich sei. Diese Schlußfolgerung habe auf Daten beruht, die von der Admiralität im Hinblick auf Frankreich, das nächstgelegene Land, geliefert worden seien, da von dort aus ein Einfall am leichtesten auszuführen sei. Eine in jüngerer Zeit angestellte Untersuchung habe aber gezeigt, daß Balfours Feststellung, wenn sie auch bezüglich Frankreichs im Jahre 1905 zutreffend war, bezüglich Deutschlands im Jahre 1908 nicht zutreffe. Die Bedingungen, die Balfour in seinem Urteil bestimmten, hätten sich vollkommen geändert und England könne sich nicht länger vor der Möglichkeit einer Invasion sicher fühlen.

Lord Roberts fuhr fort:

Ich habe die Frage unter dem Gesichtspunkt geprüft, daß die einfallende Macht

von Deutschland her

kommen werde. Balfour hat Frankreich als Beispiel angeführt, ohne daß er dabei an eine Feindschaft gegenüber Frankreich oder an eine vor diesem Lande zu hegende Befürchtung dachte. Für meine analoge Beziehung auf Deutschland nehme ich dementsprechend in Anspruch, daß sie weder Feindseligkeit gegen Deutschland noch Furcht vor ihm einschließt. Er und Lord Lovat hätten ermittelt, daß in Deutschland jederzeit Schiffe verfügbar seien, die zur Unterbringung von 200,000 Mann ausreichten. Diese Truppenzahl könne während mehrerer Monate des Jahres in den Bezirken der zunächst gelegenen Häfen ohne Mobilisierungsmaßnahmen zusammengezogen werden, und die Eisenbahnverbindungen seien solche, daß sie gestatteten, dieses Heer in viel geringerer Zeit als in Frankreich nach den Häfen zu bringen und einzuschiffen. Seine Untersuchungen und diejenigen des Lord Lovat hätten bewiesen, daß ein deutsches Heer von 150,000 Mann in der gleichen Anzahl von Schiffen transportiert werden könnten, die Balfour für die Einschiffung der halben Zahl für nötig erklärt habe. Die Einschiffung und Ausschiffung würde weit weniger Zeit in Anspruch nehmen, als dafür angenommen worden sei.

Nachdem sich Lord Roberts eingehend über diesen Punkt verbreitet und auf die verschiedenen verwaltungstechnischen und strategischen Vorteile hingewiesen hatte, durch die es Deutschland möglich sei, der englischen Flotte zu entgehen und eine Invasion auszuführen, fuhr er fort: Es wäre Torheit, unsere Augen diesen Möglichkeiten zu verschließen. So sehr wir den Frieden wünschen, die wachenden Ereignisse im nahen Osten brachten es dem sorgenlosesten Beobachter zum Bewußtsein, daß nichts ein Land zu retten vermag, das für seinen Schutz nicht vorbereitet ist.

Weder Bündnisse noch Verträge sind von Nutzen.

Wenn wir fortfahren, die gewöhnlichsten Vorsichtsmaßnahmen zu vernachlässigen, so können wir uns eines Tages in den Händen einer eingedrungenen Macht befunden und gezwungen sein, uns den demütigendsten Bedingungen zu unterwerfen. Die Gefahr wird mit jedem Tage drohender. In 10 Jahren hat Deutschland die größte Seemacht geschaffen, die außer der augenblicklich unerfahrenen englischen Flottenmacht jemals bestanden hat. Wenn die ausgezeichneten gesetzlichen Maßnahmen für eine weitere Verstärkung der deutschen Seemacht getroffen worden, so worden keine Häfen in der Welt besser ausgestattet sein als die deutschen Nordseehäfen, und die Handelsmarine wird mit jedem Tag wirksamer werden. Um eine Invasion ausführen zu können, muß eine Nation nicht notwendig die Herrschaft zur See besitzen, eine zeitweise oder lokale Beherrschung würde genügen. Dies ist den Deutschen sehr wohl bekannt, und es kommt nicht darauf an, wie stark unsere Flotte sein mag. Das Hauptbindernis für eine Invasion ist ein starkes Heimatsheer, ein Heer aus Bürgern, das aus einer Million Mann bestehen sollte.

Jenseits des nahen Meeres lebt ein Volk, das 60 Millionen zählt, die unsere tätigsten Nebenbuhler im Handel sind, und die die größte Heeresmacht der Welt besitzen. Sie fügen zu einer überwiegenden Militärmacht eine Flotte hinzu, die sich entsprechend und schnell vergrößert hat, während wir keine entsprechenden militärischen Gegenmaßnahmen getroffen haben.

In der Debatte

erklärte Lord Cromer, er berufe sich mit Nachdruck auf die Mahnungen, die er über die Möglichkeit eines Krieges bereits früher ausgesprochen habe. Die jüngsten Ereignisse hätten gezeigt, daß diese Warnung notwendig war, und daß ein Volk, das sich nur auf sein gutes Recht verlasse, um sein Eigentum zu schützen, sehr töricht handele. Lord Roberts habe eine authentische Erklärung der Regierung über die Frage der Invasion verlangt. Er, Cromer, zweifle daran, ob es in diesem Augenblick für die Regierung passend wäre, eine solche Erklärung abzugeben. Durch die

heftigen elektrischen Entladungen,

denen die Nerven Europas von den verschiedensten Seiten her in jüngster Zeit ausgesetzt waren, sei eine ziemlich hohe Spannung erzeugt worden. Solche Erklärung wäre nicht dazu geeignet, unsere eigenen Nerven oder die der anderen zu beruhigen. Die Spannung der Lage hätte zwar nachgelassen, aber sie wäre noch nicht vorüber. Er begnüge sich im deutschen Reichstag abgegebenen Erklärungen gegen alles, was nach einer Feindseligkeit England gegenüber aussähe. Aber wenn England dies Gefühl auch erwidere, so befreie dies England nicht von der Verpflichtung, ein hinreichend starkes Landheer und eine hinreichend starke Flotte aufrecht zu erhalten.

Der Standpunkt der Regierung.

Im Namen der Regierung antwortete der Staatssekretär des Kolonialamtes Earl of Crewe. Er führte aus, Lord Roberts habe mit seiner Resolution einen sehr ernsten Schritt getan, und der Ernst dieses Schrittes sei durch Lord Roberts' Rede nicht gemindert worden. Die parlamentarische Erörterung eines solchen Gegenstandes sei eine ernste Angelegenheit, weil es schwierig sei, eine solche Erörterung so zu leiten, daß sie außerhalb nicht zu ernsten Mißverständnissen Anlaß gebe. Er könne nur hoffen, daß ein solches Mißverständnis sich nicht ergeben werde. Der Redner verwies dann auf die Rede Campbell Bannermans, in der dieser die Bezugnahme auf Frankreich in Balfours Erklärung vom Jahre 1905 bedauerte und sagte, die Umstände seien heute andere, er möchte aber den Appell Campbell Bannermans wiederholen, weil er das Gefühl habe, daß, wenn ein solcher Appell nicht erfolge, in der öffentlichen Meinung Englands und des Auslandes aus der Rede Lord Roberts' sich — nicht unnatürlicherweise — Konsequenzen ergeben könnten, die von allen bedauert werden möchten. Was den Landesverteidigungsausschuß betreffe, so unterlägen dessen Anschauungen und Beschlüsse einer ständigen Revision. Earl of Crewe wies auf die verschiedenen, seit 1905 gemachten neuen Errungenschaften hin, wie drahtlose Telegraphie, erhöhte Schnelligkeit der Kriegsschiffe, Fortschritte im Bau von Unterseebooten. Das seien die wichtigsten Erwägungen, die man sich stets gegenwärtig halten müsse.

Bezüglich der Frage einer Invasion gebe es zwei sich gegenüberstehende Parteien. Die eine vertrete die Ansicht, daß eine Bootsbesatzung an den englischen Küsten nicht landen könne. Diese Meinung wurde jedoch von keiner verantwortlichen Persönlichkeit geteilt. Die andere entgegengesetzte Ansicht sei die, die Lord Roberts in seiner Rede vertreten habe, nämlich, daß England für praktische Zwecke

nicht als Insel

angesehen werden dürfe, sondern sich in der Lage einer kontinentalen Macht befinde, und daß ein sehr beträchtliches Heer die Grenze Englands überschreiten könne, daß infolgedessen Englands Verteidigungsmittel nach kontinentalen Grundsätzen bestimmt werden müßten. Dieser Ansicht sei die Regierung nicht.

Der Redner verbreitete sich sodann über die Wirkung, die die Annahme der von Lord Roberts über eine Invasion aufgestellten Theorien zur Folge haben würde und erklärte, was die Flotte anbetreffe, so seien alle Parteien der Ansicht, daß England eine überwiegende Flotte haben müsse. Er glaube, wenn es sich herausstellen sollte, daß es an Geld fehle, so würde es für die Bereitwilligkeit des Landes, Geld für die Verteidigung zur See zu spenden, keine Grenzen geben, aber ein großer Teil dieser Bereitwilligkeit hänge davon ab, daß im Volke der Glaube vorhanden sei, daß obgleich die Flotte das Land nicht mit absoluter Sicherheit gegen eine Invasion schütze, sie das Land doch in Wirklichkeit vor einer Invasion bewahre.

Earl of Crewe schloß: Die Flotte wird nicht auf der gegenwärtigen Stärke gehalten lediglich in der Absicht, daß sie imstande ist, irgendwo inmitten des Ozeans liegend zu kämpfen, sondern sie wird aufrecht erhalten und wird, wenn nötig, verstärkt werden aus der Ueberzeugung heraus, daß kampffähig sie die Verteidigung der englischen Küsten sichert. Wenn man sich die Theorien Lord Roberts zu eigen machte, so würde das diese Ueberzeugung zerstören. Deshalb mißbillige ich ihre Diskussion, und ich würde noch unendlich mehr die Annahme seiner Resolution mißbilligen. Zu gleicher Zeit bringe ich meine Zustimmung dazu zum Ausdruck, daß es notwendig ist, daß wir ein Heimatsheer haben, das stark und organisiert genug ist, um einen Ueberfall abzuwehren, eine Panik zu verhindern und den Feind zu zwingen, zu solcher Macht zu kommen, daß sich für ihn bedeutende Schwierigkeiten ergeben.

Zum Schlusse seiner Ausführungen teilte Earl of Crewe mit, daß der Generalstab Pläne ausarbeite, die es England ermöglichen sollen, zu jeder beliebigen Zeit an jeden beliebigen Ort die größtmögliche Truppenmacht zu werfen, wenn dies erforderlich sei. Die Unterhaltung eines Heeres von einer Million Mann, wie es Lord Roberts verlange, bedeute eine jährliche Erhöhung der Heereserfordernisse um 20 Millionen Pfund Sterling. Abgesehen von anderen Gründen sei es unmöglich, die Resolution von der Rede Lord Roberts zu trennen.

Lord Cawdor, der im Namen der Opposition sprach, verfocht die Ansicht, daß wenn man für die Resolution stimme, man sich damit noch nicht binde auf die Ansdeute, die Lord Roberts in seiner Rede gebraucht habe.

Lord Lansdowne erklärte: Lord Roberts hat die Behauptung aufgestellt, seit 1905 habe sich die Lage zum Nachteile Englands geändert. Nicht ein Mensch aber wird sagen wollen, daß es Pflicht der Regierung sei, die ganze Welt bezüglich der einschneidendsten Fragen der Landesverteidigung in ihr Vertrauen zu ziehen. Ich würde mich hüten, zu irgendeiner Erklärung zu ermutigen, die die internationale Spannung vergrößern könnte.

Lord Milner erklärte, es könnten jeden Tag Umstände eintreten, die die Zurückziehung der zur Verteidigung der indischen Besitzungen bestimmten regulären Armee nötig machen könnten.

Solche Umstände würde jede europäische Macht, die irgendeine Rechnung mit England zu begleichen hätte, zur Begleichung der Rechnung wählen.

Die Resolution des Lord Roberts wurde schließlich mit 74 gegen 32 Stimmen angenommen.

Aus den gewundenen Erklärungen des Regierungsvertreters ersieht man, daß sich das gegenwärtige liberale Kabinett in der Frage, die Lord Roberts im Oberhause angeschnitten hat, in einer prekären Lage befindet. Die Tatsache, daß das Oberhaus dem Standpunkte des Lord Roberts beigetreten ist, will der öffentlichen Meinung in England gegenüber nicht viel besagen. Wohl aber werden die Ausführungen eines Lord Roberts und eines Lord Cromer, die beide in England das größte Ansehen und eine geradezu autoritative Bedeutung besitzen, auf die öffentliche Meinung der Engländer den größten Einfluß ausüben. Daß England das Ziel verwirklichen kann, neben der größten Flotte der Welt das größte Landheer der Welt zu besitzen, ist klar, ebenso wie es klar ist, daß Deutschland dieses Ziel nicht verwirklichen kann. Daran hat man in Deutschland nicht gedacht, als man bei uns sich großen Träumen über eine große deutsche Weltherrschaft hingab. Wenn es wirklich dahin kommen sollte, daß England nun auch an die Schaffung einer starken Landmacht, der stärksten Armee der Welt, herangeht, so wird man in der Welt genau wissen, wer den Anstoß dazu gegeben hat.

Gegen das persönliche Regiment.

Aus Hamburg meldet uns ein Telegramm: Die Adresse der Hamburger Bürgerschaft, in der gegen das persönliche Regiment Stellung genommen wird, ist gestern, mit 4777 Unterschriften versehen, abgegangen.